

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 07.07.2011, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 . Beratung über die Bestellung eines/einer Seniorenvertreters/-vertreterin im Ausschuss für Bildung und Soziales
Vorlage: 485/2011
- 2 . Bericht über den Sachstand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes
Vorlage: 405/2011
- 3 . Bericht über die Teilnahme der Stadt Geilenkirchen am Bundesprogramm "Toleranz fördern - Kompetenz stärken"
Vorlage: 411/2011
- 4 . Bericht über die Schüleranmeldezahlen zum Schuljahr 2011/2012
Vorlage: 406/2011
- 5 . Bericht über die Ganztagsbetreuung in den städtischen Schulen
Vorlage: 416/2011
- 6 . Betreuungsangebote der Kath. Grundschule Immendorf
Vorlage: 322/2010
- 7 . Schulentwicklungsplanung - künftige Ausrichtung der Realschule
Vorlage: 477/2011
- 8 . Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Dr. Joachim Möhring

Mitglieder

2. Tanja Bodewig
3. Wilfried Kleinen
4. Bernhard Kozikowski
5. Dr. Armin Leon
6. Manfred Schumacher
7. Ruth Thelen
8. Marlis Tings

Stellvertretendes Mitglied

9. Herbert Brandt als Vertretung für Herrn Helmut Gerads
10. Manfred Solenski als Vertretung für Herrn Stefan Kassel
11. Raimund Tartler als Vertretung für Frau Theresia Hensen

Sachkundige/r Bürger/in

12. Christoph Grundmann
13. Dieter Körner
14. Brigitte Merkes als Vertretung für Herrn Hans-Jürgen Benden
15. Dr. Wilfried Plum
16. Florentine Steffens
17. Heinz-Josef von St. Vieth als Vertretung für Herrn Kurt Sybertz
18. Siegfried Winands
19. Birgit Zühlsdorff

von der Verwaltung

20. Beigeordneter Herbert Brunen
21. Gort Houben
22. Wilfried Schulz

Protokollführer

23. Christoph Nilles

Es fehlten:

24. Luise Röger
25. Barbara Slupik

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring eröffnete um 18.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Weiter stellte er die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Stadtverordneter Schumacher beantragte die Streichung des Tagesordnungspunktes 3, da das Thema bereits im Jugendhilfeausschuss behandelt wurde und auch ein reines Jugendhilfethema sei.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring erläuterte, dass das Projekt sehr wohl alle Altersgruppen betreffe und es deswegen auch in diesem Ausschuss noch einmal vorgestellt werde, da auch nicht alle Anwesenden an der Auftaktveranstaltung teilgenommen hätten. Stadtverordneter Schumacher zog den Antrag daraufhin zurück.

**TOP 1 Beratung über die Bestellung eines/einer Seniorenvertreters/-vertreterin im Ausschuss für Bildung und Soziales
Vorlage: 485/2011**

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring begrüßte Frau Schlegel und Frau Horn und bat diese, sich dem Ausschuss vorzustellen.

Frau Schlegel ging in kurzen Worten auf ihren bisherigen Lebenslauf ein und schilderte ihren privaten und beruflichen Werdegang. Weiter berichtete sie über ihre ehrenamtlichen Aktivitäten in Sportvereinen sowie in der Sterbebegleitung und in der Betreuung von Familien mit kranken oder behinderten Kindern. Sie stellte kurz die Arbeit der ev. Frauenhilfe in Geilenkirchen vor, deren Vorsitzende sie seit 2002 sei; seit 2009 sei sie zudem Vorsitzende des Kreisverbandes der Frauenhilfe im Kirchenkreis Jülich. Zudem arbeite sie seit 2002 aktiv im Runden Tisch für Altenarbeit mit.

Frau Horn berichtete ebenfalls kurz aus ihrem privaten und beruflichen Leben und ging dann auf ihre Ehrenämter ein. Sie stelle kurz die Arbeit der Missionsgruppe und des Seniorentreffs in Grotenrath vor, hier sei sie seit 30 Jahren aktiv in der Leitung tätig. In diesem Zusammenhang arbeite sie auch im Runden Tisch für Altenarbeit mit.

Herr Dr. Möhring bedankte sich für die Vorstellung und die Bereitschaft, künftig als Seniorenvertretung im Ausschuss mitzuarbeiten.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat die Schaffung eines zusätzlichen Sitzes für einen sachkundigen Einwohner / eine sachkundige Einwohnerin als Seniorenvertretung im Ausschuss für Bildung und Soziales. Das Ausschussmitglied soll antragsberechtigt sein.

Der Ausschuss schlägt dem Rat der Stadt ferner Frau Renate Schlegel als Seniorenvertreterin sowie Frau Marianne Horn als deren Vertreterin zur Benennung vor.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 2 Bericht über den Sachstand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes
Vorlage: 405/2011**

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring leitete kurz in das Thema ein, indem er darauf einging, dass es viel Ärger und Verwirrung gebe, da die entsprechenden gesetzlichen Regelungen erst mit Verspätung in Kraft treten.

Herr Schulz ging im Folgenden auf die Situation im Kreis Heinsberg ein. Diese gestalte sich für die Empfänger von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Grundsicherung unproblematisch, da die Betreuung im Jobcenter bzw. in den Sozialämtern erfolge. Für den Personenkreis der Wohngeldempfänger mit etwa 700 Kindern und die Empfänger von Kinderzuschlag fehle aber noch eine Regelung, da das Land NRW die notwendige Zuständigkeitsverordnung noch nicht erlassen habe. Hier seien bereits etwa 100 Anträge eingegangen.

Der Kreis und die Städte hätten aber bereits die notwendigen Vorbereitungen getroffen um umgehend nach Erlass der Verordnung tätig werden zu können. Die Situation sei aber insgesamt ärgerlich, da die Betroffenen die Leistungen erst vorstrecken müssten, zudem sei die Antragsquote bei etwa 1.000 Berechtigten sehr gering. Problematisch sei auch, dass die Leistungen für den Schulbesuch extra beantragt werden müssten, wo hingegen dies für Arbeitslosengeld II – Empfänger automatisch gezahlt werde. Über die Schulen solle daher noch einmal über die Leistungen informiert werden.

Leistungen die als Gutschein erbracht werden, seien von den annehmenden Stellen direkt mit dem Kreis abzurechnen.

Nicht umfasst vom Bildungs- und Teilhabepaket seien Kinder die Asylbewerberleistungen erhielten, im Ergebnis seien diese aber nach § 6 des Asylbewerbergesetzes von der Stadt gleichzustellen. Betroffen seien derzeit ca. 10 – 15 Kinder.

Auf Nachfrage von Frau Tings zur Situation in anderen Bundesländern teilte Herr Schulz mit, dass in den meisten Ländern die Bearbeitung bereits besser funktioniere. Herr Dr. Möhring ergänzte, dass seitens des Landes empfohlen wurde, die Anträge bereits zu bearbeiten bis die Verordnung komme, der Kreis Heinsberg folge dieser Empfehlung aber nicht.

Frau Thelen fragte nach, ob auch die Inanspruchnahmequote bei den Empfängern von Arbeitslosengeld II bekannt sei. Herr Schulz verwies darauf, dass diese Leistungen durch das Jobcenter erbracht würden und die Zahl deswegen nicht bekannt sei. Es bestehe daher auch keine Möglichkeit, auf eine erhöhte Inanspruchnahme hinzuwirken.

TOP 3 Bericht über die Teilnahme der Stadt Geilenkirchen am Bundesprogramm "Toleranz fördern - Kompetenz stärken"
Vorlage: 411/2011

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring berichtete zur Einleitung kurz über die Auftaktveranstaltung und bat Herrn Schulz noch einmal um eine kurze Vorstellung.

Herr Schulz erläuterte, dass im Rahmen des Projekts insgesamt 270.000 € für die Durchführung sozialer Projekte mit dem Ziel der Förderung sozialer Integration zur Verfügung gestellt würden. Eine wesentliche Besonderheit sei, dass der Einsatz der Fördermittel direkt von der Bevölkerung beschlossen werde. Dazu sei eine Steuerungsgruppe gebildet worden, an der sich alle Bürger beteiligen könnten. Am 02.07.2011 hat ein erstes Treffen mit 32 Teilnehmern stattgefunden. Dort wurden dann auch Mitglieder für den Begleitausschuss vorgeschlagen, welcher über die Mittelverwendung auf Grundlage der vorgeschlagenen Projekte entscheiden werde.

Vertreten sein werden (in alphabetischer Reihenfolge): Anita-Lichtenstein-Gesamtschule, Aktionskreis, Coroga (Jugendhilfeanbieter), Ev. Jugend- und Familienhilfe, Glaubensgemeinschaften, Grundschulen, Jugendhaus Franz von Sales, Kindertagesstätten, Kulturverein, Spätaussiedler, Stadtjugendring, Sportverband, sowie ein Vertreter jeder Ratsfraktion. Weiter vorgeschlagen wurden: Integrationsagentur, NewCom, Tafel, Therapiezentrum Loherhof, Zille.

Insgesamt sei das Interesse in der Bevölkerung groß, nach den Sommerferien würden drei Workshops in Form von Zukunftswerkstätten zu bestimmten Themenfeldern stattfinden.

TOP 4 Bericht über die Schüleranmeldezahlen zum Schuljahr 2011/2012
Vorlage: 406/2011

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring bat Beigeordneten Brunen um Erläuterungen zu dem Tagesordnungspunkt. Dabei sollte er auf die Differenz zwischen Anmelde- und Aufnahmezahlen eingehen und eine Prognose für die weitere Entwicklung an der Hauptschule abgeben.

Beigeordneter Brunen erläuterte kurz die einzelnen Zahlen. An der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule hätten von den 166 Anmeldungen 121 berücksichtigt werden können, 45 seien abgelehnt worden. An der Realschule seien alle 45 angemeldeten Schüler aufgenommen worden. Die abgewiesenen Schüler, dies betreffe übrigens auch das Bischöfliche Gymnasium, orientierten sich dann an umliegende Schulen. Aus diesem Grund seien die Anmeldetermine auch früher, damit noch genügend Zeit für eine neue Anmeldung bleibe.

An einer Hauptschule hätten sich 21 Schüler aus Geilenkirchen angemeldet, davon mit 16 der Großteil an der Hauptschule Gangelt. Für diese prognostiziere der Schul-

entwicklungsplan einen Rückgang der Schülerzahlen um 30 %, dazu käme noch die aktuelle landespolitische Diskussion um den Fortbestand der Schulform.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Thelen berichtete Herr Brunen, dass sich im Vorjahr noch 32 Schüler und im Schuljahr 2009/2010 noch 26 Schüler in Gangelt angemeldet hätten. Dies seien aber auch noch weit weniger als die etwa 60 Schüler aus der Zeit, als der Vertrag mit der Gemeinde Gangelt geschlossen worden wäre.

Stadtverordneter Solenski wollte wissen, wie die Prognose für die Grundschulen in den nächsten Jahren aussehe. Beigeordneter Brunen erläuterte, dass der Schulentwicklungsplan für die nächsten 2-3 Jahre noch von stabilen Zahlen ausgehe, die dann aber zurückgehen würden. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei der Rückgang in Geilenkirchen aber nicht so hoch. Auf eine weitere Nachfrage von Herrn Solenski bestätigte Herr Brunen, dass derzeit keine Veranlassung bestehe, den Fortbestand aller sechs Grundschulen in Frage zu stellen.

In Bezug auf die Nachfrage des Stadtverordneten Brandt zum Verbleib der abgewiesenen Schüler teilte Beigeordneter Brunen mit, dass nur die Grundschulen eine Rückmeldung erhielten, wohin deren Schüler wechseln. Man werde die Zahlen dort aber abfragen und mit der Niederschrift mitteilen.

Stadtverordnete Tings fragte nach, ob an der Realschule auf Grund nachträglicher Anmeldungen noch mit einer dritten Eingangsklasse zu rechnen sei. Dies wurde von Herrn Beigeordneten Brunen verneint, da die Veränderungen erfahrungsgemäß nicht so hoch seien.

Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich danach, ob an der KGS Geilenkirchen evtl. doch noch eine vierte Eingangsklasse eingerichtet werde, wenn noch Schüler dazu kämen, welche die Klasse wiederholen. Herr Brunen führte dazu aus, dass dies unwahrscheinlich sei, da man erst ab etwa 95-97 Schülern darüber nachdenken müsse.

Im Rahmen der Abfrage bei den Grundschulen ergab sich folgende Auflistung über die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Grundschule in Geilenkirchen besucht haben, aber eine weiterführende Schule außerhalb Geilenkirchens besuchen:

Kath. Grundschule Geilenkirchen:	1	Gymnasium Baesweiler
	1	Willy-Brandt-Gesamtsch., Übach-P.
	5	GHS Gangelt
	2	Gymnasium Übach-Palenberg
Gem. Grundschule - Europa-Grundschule:	3	GHS Gangelt
	1	Selfkantschule
	1	Gymnasium Übach-Palenberg
Kath. Grundschule Teveren:	1	Realschule Heinsberg
	1	GHS Gangelt
	1	GHS Übach-Palenberg
Gem. Grundschule Gillrath:	5	GHS Gangelt
	11	Realschule in Gangelt

Kath. Grundschule Würm:	7	Cusanus-Gymnasium Erkelenz
	1	Realschule Linnich
	1	GHS Linnich
Kath. Grundschule Immendorf:	1	GHS Gangelt
	1	Gymnasium Baesweiler

Zusammenfassung:

GHS Gangelt:		15
Selfkantschule (GHS):	1	
Realschule d. SV. Selfkant in Gangelt:	11	
Gymnasium Baesweiler:	2	
Willy-Brandt-Gesamtschule, Ü.-P.:		1
Gymnasium Übach-Palenberg:	3	
Realschule Heinsberg:	1	
GHS Übach-Palenberg:	1	
Cusanus-Gymnasium Erkelenz:	7	
Realschule Linnich:	1	
GHS Linnich:	1	
	<hr/>	44

**TOP 5 Bericht über die Ganztagsbetreuung in den städtischen Schulen
Vorlage: 416/2011**

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring bat Herrn Brunen in seinen Erläuterungen zum TOP auch auf das Verhältnis der Nutzer zur Gesamtzahl der Schüler sowie auf den konkreten Bedarf nach einer Nachmittagsbetreuung in Würm einzugehen.

Beigeordneter Brunen nannte zu den einzelnen Grundschulen folgende Zahlen:

Schule	Schüler	Betreuung von 8-13	OGGS 2010/2011	OGGS 2011/2012
KGS Geilenkirchen	341	78	75	85
Europa- Grundschule	192	34	36	50
KGS Teveren	104	21	20	25
GGs Gillrath	140	34	22	26
KGS Immendorf	116	27	27*	
KGS Würm	131	54	-	-

*Angebot 13plus

An der KGS Würm habe man eine Informationsveranstaltung zur OGGS für die Eltern der Kinder der 1. und 2. Klasse sowie der Kinder der Kindertagesstätten durchgeführt. Derzeit gebe es kein einheitliches Bild, gewünscht wurde vereinzelt bei-

spielsweise die Betreuung an 1-2 Tagen oder bis 14 Uhr, ein genereller Bedarf für eine OGGS konnte aber nicht festgestellt werden. Der Bedarf werde im Übrigen auch von der Schule jedes Jahr bei den Anmeldungen abgefragt. Derzeit reiche das Angebot aber aus. Das Angebot 13plus könne nicht mehr realisiert werden, da diese Betreuungsform nur noch im Rahmen des Bestandsschutzes vom Land gefördert werde.

Ausschussmitglied Dr. Plum erkundigte sich nach der Anzahl der Anmeldungen für die OGGS und die Situation an der KGS Geilenkirchen. Beigeordneter Brunen berichtete, dass es 83 Anmeldungen gegeben habe, aber keine weiteren Räumlichkeiten vorhanden seien. Zu der dort ansässigen Tagespflegegruppe führte er aus, dass die Räume mit Fördermitteln eingerichtet worden seien und ein Umzug finanziell derzeit nicht durchführbar sei. Zudem gab er zu bedenken, dass es sich bei Tagespflege um eine Pflichtaufgabe handle und bei der OGGS nicht. Eventuell würde sich die Raumsituation im übernächsten Schuljahr entspannen, wenn ein Klassenraum weniger benötigt würde.

Stadtverordnete Thelen fragte nach, warum die Tagespflegegruppe entgegen der ursprünglichen Planung nicht in die neue Kindertagesstätte Bauchem ziehen werde. Herr Brunen erläuterte, dass dies die allerersten Überlegungen gewesen waren, sich dann aber relativ früh herausgestellt habe, dass in Bauchem ein Bedarf für drei Gruppen bestehe. Dann erst habe man in die Räume in der KGS investiert.

Stadtverordneter Schumacher wollte wissen, ob alternativ die Betreuung an anderen Schulen stattfinden könnte, wenn diese von den Eltern dringend benötigt würde. Beigeordneter Brunen stellte klar, dass die Nachmittagsbetreuung nur an der besuchten Schule möglich sei. Über die Tagespflege sei aber auch in dringenden Fällen immer eine Betreuungsmöglichkeit gewährleistet.

Stadtverordnete Tings erkundigte sich, ob nicht Klassenräume nachmittags frei seien, die genutzt werden könnten. Laut Informationen der Schule, so Beigeordneter Brunen, bestehe diese Möglichkeit nicht. Stadtverordneter Kleinen ergänzte dazu, dass diese Räume bereits für die Hausaufgabenbetreuung benötigt würden. Er führte weiter aus, dass man bei den 9 Ablehnungen für die OGGS sehr darauf geachtet habe, ob die Betreuung wegen einer Berufstätigkeit notwendig sei. Teilweise seien daher auch Anmeldungen von Eltern abgewiesen worden, die im laufenden Schuljahr einen Platz hatten. Er bat Herrn Brunen noch einmal um Erläuterungen zur Tagespflegegruppe, da seinerzeit zugesagt worden sei, dass die Räume nach dem Bau der KiTa Bauchem der OGGS zur Verfügung gestellt würden. Dadurch fehlten im Übrigen auch sanitäre Anlagen, für die OGGS stünden nur 2 Toiletten zur Verfügung, die Toiletten im Obergeschoss seien zu weit entfernt.

Beigeordneter Brunen wies darauf hin, dass Toiletten grundsätzlich in ausreichender Anzahl im Schulgebäude vorhanden seien. Zur Tagespflegegruppe erläuterte er noch einmal, dass der erforderliche Umfang des Ausbaus der U3-Betreuung zu Beginn der Planungen noch nicht bekannt gewesen sei und somit die ursprünglichen Planungen nicht aufrechterhalten werden konnten. Dafür wären noch einmal Investitionen erforderlich, dies sei dann die Entscheidung der Politik.

TOP 6 Betreuungsangebote der Kath. Grundschule Immendorf
Vorlage: 322/2010

Beigeordneter Brunen erläuterte zunächst den Wunsch des Fördervereins und der Schulleitung Immendorf, das Angebot fortzuführen und zudem eine weitere Gruppe einzurichten. Der Bedarf für eine OGGS bestehe nicht. Der Rat habe seinerzeit beschlossen, dass kein städtischer Eigenanteil für die Betreuung gezahlt werde. Er gab zu bedenken, dass ein möglicher Eigenanteil für die OGGS höher sei und schlug vor, von der damaligen Entscheidung abzuweichen, weil die vorgeschlagene Variante günstiger und auch von Schule und Eltern so gewollt sei.

Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden Dr. Möhring ging Herr Brunen auch auf die unterschiedlichen Kosten für die Eltern bei den verschiedenen Betreuungsangeboten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen des Angebots 13 plus ein. So lägen die Kosten für die Vormittagsbetreuung an der KGS Würm bei 125,00 € jährlich bzw. 100,00 € für Geschwisterkinder. An der KGS Immendorf koste die Betreuung bis 13 Uhr 23,50 € monatlich und 47,00 € für das Angebot 13 plus. Für die OGGS an den anderen Grundschulen fielen Kosten von monatlich 50,00 € an, für bedürftige Familien sei der Beitrag halb so hoch. Bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei abgefragt worden, ob der Betreuungsumfang ausreichend sei; hierbei wurden keine Bedarfe genannt. Lediglich für Ferienzeiten gab es Wünsche, die vom Förderverein aufgenommen worden seien.

Stadtverordnete Thelen fragte nach, ob die Kosten von 5.000 € im Haushaltsentwurf berücksichtigt seien. Beigeordneter Brunen gab dazu an, dass es einen Gesamtsatz für alle Betreuungsformen gebe. Aus diesen Mitteln könne der Betrag geleistet werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung und Soziales empfiehlt dem Rat, dem Betreuungsverein der Kath. Grundschule Immendorf einen jährlichen Zuschuss von 5.000,00 € für den Betrieb der zusätzlichen Betreuungsgruppe zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 7 Schulentwicklungsplanung - künftige Ausrichtung der Realschule Vorlage: 477/2011

Vorbemerkung:

In der Einladung zur Sitzung wurde bei den Erläuterungen zu diesem Tagesordnungspunkt ein Absatz beim Druck gekürzt. Vollständig lautete der Text an dieser Stelle:

- 3. Die bisherige Verbindlichkeit der Schulformempfehlungen am Ende der Grundschulzeit ist aufgehoben worden. Dies könnte dazu führen, dass die Wahl für eine weiterführende Schule sich künftig nicht primär an der Empfehlung der Grundschule sondern mehr noch an dem Willen der Eltern und Schüler orientiert. Zum Schuljahr 2011/2012 sind an der Städt. Realschule vier Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung angemeldet worden. Die weitere Entwicklung gilt es zu beobachten.*

Beigeordneter Brunen legte vor dem Hintergrund der aktuellen landespolitischen Diskussion in der Schulpolitik dar, dass derzeit kein Handlungsbedarf bestehe. Auch in den Nachbargemeinden Gangelt und Selfkant seien noch keine Planungen bekannt, auf die reagiert werden müsse. Die Realschule habe in einem gemeinsamen Gespräch aber bereits erläutert, dass sie ihr Profil beibehalten und stärken möchte. Er schlug daher vor, die weiteren Entwicklungen im kommenden Schuljahr zu beobachten und dann nochmals zu diskutieren.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring zog aus dem Thesenpapier der Realschule das Ergebnis, dass diese sich nicht vorstellen könnte den Weg zu einer Verbundschule oder ähnlichem zu gehen. Die Schülerzahlen und die Zügigkeit seien aber rückläufig, so dass über Alternativen nachgedacht werden müsse. Er bat um Auskunft ob es generell möglich sei, im Gebäude der Realschule einen Hauptschulzweig einzurichten und welche Auswirkungen dies auf die Kosten für diesen Bereich hätte.

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass die Realschule zwar keine Verbundschule möchte, sich aber auf die Aufnahme von Hauptschülerinnen und -schülern einstellen würde. Zur Raumsituation berichtete er, dass die Schule früher vierzünftig gefahren wurde, rein räumlich gebe es bei der derzeitigen Zweizügigkeit daher Platz für einen Hauptschulzweig. In Bezug auf die finanziellen Auswirkungen teilte er mit, dass derzeit für die Beschulung an den dortigen Hauptschulen ja Zahlungen an Gangelt und Selfkant geleistet würden, die dann entfielen. Durch das ohnehin vorhandene Gebäude wären die Kosten vor Ort voraussichtlich geringer, daneben würden auch die Fahrtkosten sinken. Die sonstigen Sachkosten blieben aber gleich. Vorteil wäre allerdings auch eine wohnortnahe Beschulung.

Stadtverordnete Thelen regte vor dem Hintergrund der unklaren landesrechtlichen Vorgaben an, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass man nur die Stellungnahme zur Kenntnis nimmt und nicht die Stärkung des Profils unterstützt, um sich hier nicht einzuschränken.

Herr Dr. Möhring erwiderte, dass durch den letzten Satz des Vorschlags eine Offenheit erhalten bliebe. Frau Thelen gab zu Bedenken, dass es falsch sei als Schulträ-

ger bereits eine Richtung einzuschlagen, solange die Situation noch offen sei. Stadtverordneter Solenski sah diese Bedenken aber durch den Beschlussvorschlag in der bisherigen Formulierung berücksichtigt. Stadtverordneter Brandt ergänzte, dass es nur darum gehe den Wunsch der Realschule zur Kenntnis zu nehmen und diese zu unterstützen, solange die politische Situation so bleibe. Es ginge nicht um eine Entscheidung über deren Erhalt oder Abschaffung. Stadtverordnete Thelen legte darauf noch einmal dar, dass man nach ihrer Auffassung aber nicht das Profil stärken könne, wenn die Situation so offen sei wie derzeit.

Ausschussvorsitzender Möhring stelle noch einmal klar, dass es im Beschlussvorschlag nicht um einen Bestandsschutz der Schule gehe sondern gerade auch die Prüfung von Alternativen genannt wird. Da der bisherige Beschlussvorschlag weiter gehe, stellte er zunächst diesen zur Abstimmung. Im Falle einer Zustimmung hätte sich der Antrag von Frau Thelen dann erledigt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung und Soziales nimmt die Stellungnahme der Schulkonferenz der Städt. Realschule zur Kenntnis und unterstützt die Bemühungen zur Stärkung des Profils der Schule. Weitere schulorganisatorische Überlegungen werden erst dann angestellt, wenn dies durch die zuvor beschriebenen Entwicklungen erforderlich wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin zu prüfen, welche alternativen Möglichkeiten der Beschulung von Hauptschülerinnen und Hauptschülern in Betracht kommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	12
Nein:	4
Enthaltung:	1

TOP 8 Verschiedenes

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Sitzung endet um:

Vorsitzender

Dr. Joachim Möhring

Schriftführer/in:

Christoph Nilles